

Die Situation in der Türkei

Von Prof. Dr. Christian Rumpf

02.05.2018

Zusammenfassung	- 2 -
Einführung.....	- 3 -
Berichterstattung	- 4 -
Justiz, Politik, Mentalität	- 4 -
Referendum: Spaltung statt Sieg	- 5 -
EU unfähig richtig zu reagieren.....	- 5 -
Neue Position der Türkei?	- 6 -
Eine neue Situation	- 6 -
Information und Desinformation.....	- 7 -
Definitionshoheit bei Erdoğan?	- 7 -
Erdoğan und Gülen: Ein gefährlicher Konflikt	- 7 -
Fakten.....	- 9 -
Folgen für Bürokratie und Justiz	- 9 -
Ausländische Investitionen - im Risiko?.....	- 10 -
Die AKP und Gülen	- 10 -
Entwicklung der AKP	- 10 -
Die AKP als Plattform für Gülen	- 11 -
Der notwendige Bruch	- 11 -
Gülen's Angriff auf die Vernetzung von Politik und Bürokratie	- 11 -
Reaktion des AKP-Establishments	- 12 -
Der Putsch v. 15.7.2016.....	- 13 -
Die Frage der Urheberschaft	- 13 -
Das türkische Militär und die Politik	- 14 -
Das Scheitern des Putschs	- 15 -
Die Wahrheit... ..	- 16 -
Die Säuberungen	- 16 -
Gefahr für den Rechtsstaat	- 18 -
Nicht unter jedem Stein lauert Erdoğan.....	- 18 -
Willfährige Justiz?	- 18 -
Überforderte Justiz	- 19 -
Gülen-Bewegung - eine „terroristische“ Vereinigung im Rechtssinne?.....	- 19 -
Missbrauch des Notstandsrechts	- 20 -
Das Ende der Pressefreiheit	- 20 -
Die (un)rühmliche Rolle des Verfassungsgerichts	- 21 -
Erdoğan - ein Diktator?	- 23 -
Reaktionen aus Europa	- 25 -
Verfassungsänderung	- 26 -
Ausblick.....	- 27 -
Links und Hinweise.....	- 28 -

Zusammenfassung

Die aktuelle Situation der Türkei wird durch den Notstand beherrscht, der durch die Regierung unter dem Staatspräsidenten Erdoğan genutzt wird, um das Staatssystem der Republik Türkei neu zu gestalten. Der Notstand befindet sich im Augenblick (Stand 02.05.2018) in der siebten Verlängerung.

Ausgelöst wurde der Notstand durch einen Putschversuch am 15.7.2016, der nach der Lesart der türkischen Regierung durch die Gülen-Bewegung angezettelt wurde. Die Situation wurde durch Präsident Erdoğan - von einer eigenverantwortlich handelnden türkischen Regierung kann man derzeit nicht sprechen - ausgenutzt, um ein völlig neues Regime zu errichten, das mit den Verfassungen seit 1921 nichts mehr gemein hat. Während die Zivilgerichtsbarkeit nach wie vor die ihr zugeordneten Aufgaben erfüllt, spielt sich zumindest in den ersten Instanzen der türkischen Strafgerichtsbarkeit ein unbeschreibliches Chaos ab, das ausschließlich zu Lasten kritischer Bürger aller Schichten geht. Frühere Kritiker der Verfassung von 1982, zu Unrecht als „Militärverfassung“ verunglimpft, sind verstummt. Denn sie waren an der Entwicklung nicht unschuldig.

Die Kritik aus dem Ausland war lange Zeit inkonsistent, durchaus ein Spiegelbild der unberechenbaren Rhetorik von Präsident Erdoğan und seiner Vasallen in Regierung und Partei. Die europäischen Kritiker mögen jetzt vielleicht ihr geradezu penetrantes Missverstehen türkischer Politik und Befindlichkeit in früheren Jahren bereuen. Denn aus dem loyalen europäischen Partner Türkei ist ein politisch unzuverlässiger Faktor geworden, der dabei ist, sich einen eigenen Weg zu suchen. Dabei schwankt die türkische Regierung zwischen beinhardter Machtpolitik und Verklärung einer osmanischen Größe, für welche sie noch nicht die richtigen historischen Figuren und Ereignisse gefunden hat. Das Feiern des Sieges von Çanakkale am 18.3.2018 wirkte da geradezu hilflos - denn dieser Sieg gegen die Alliierten an den Dardanellen im Jahre 1915 ist keine Leistung, die man dem überwiegend untauglichen Militär des untergehenden Osmanischen Reiches zurechnen darf, sondern der einem der wenigen Generäle höchstpersönlich zu verdanken ist, den die deutsche Heeresführung damals besonders hoch schätzte: General Mustafa Kemal. Der Sieg begründete sein Charisma, aus dem sich die Erfolgsgeschichte der neuen Republik Türkei entwickelte.

Die Freilassung von Deniz Yücel, Journalist einer deutschen Tageszeitung, die sicherlich nicht zu den Freunden und Verstehern der Türkei zählen darf, ist kein Sieg deutscher Politik. Er ist Ausdruck eben der Unzuverlässigkeit von türkischer Politik und Strafjustiz, die nach den Un-Regeln aktueller Opportunität wirken - eine Opportunität im übelsten Sinn des Wortes: denn ein vorausschauender, vernünftiger Zweck im Sinne einer Staatsraison ist beim besten Willen nicht erkennbar. Staatspräsident Erdoğan ist kein „Staatsmann“. Er liebt den Prunk und die Demonstration von Macht in seinem illegal errichteten Palast - und den will er sich nicht mehr nehmen lassen. Ohne das Symbol für das Präsidialamt - Goldener Stern mit Kranz von Sternen, die die türkischen Staaten in der Geschichte symbolisieren, auf rotem Untergrund - lässt er sich kaum noch ablichten.

Zu den Steigbügelhaltern des heutigen Regimes gehörte aber auch eine ganze Bewegung, die jetzt mit aller Gewalt bekämpft wird. Der "Prediger" Fethullah Gülen hatte einmal den Traum von einem islamisch geprägten säkularen Staat, den er vor allem mit einer soliden, islamisch geprägten aber auch aufgeklärten Bildung des Volkes fundamentieren wollte. Nur entartete die Gemeinde, die er schuf, mit der Zeit zu einem durchorganisierten Seilschaftensystem, das sorgsam darauf bedacht war, seine Anhänger mit allen legalen und illegalen Mitteln in alle Positionen des Staates zu bringen - bis in den Geheimdienst hinein -, welche im Endergebnis die verwaltungstechnische Beherrschung des Staates zur Folge gehabt hätte, ohne die Notwendigkeit, Ministerposten oder gar das Präsidentenamt zu besetzen. Am 15.7.2016 stand fest, dass es so nicht weitergehen konnte.

So steht der türkische Staat jetzt mit dieser Bewegung vor einem ungewöhnlichen Problem, das in seinen Einzelheiten zu begreifen uns Europäern - man erlaube mir diese Selbstbezeichnung, obwohl ich immer vertreten habe, dass die Türkei Teil Europas sein muss - noch immer schwerfällt. Hier bahnt sich wieder einmal ein grandioses Scheitern europäischer, auch deutscher, Türkei-Politik an. Erdoğan trägt vielleicht die maßgebliche Verantwortung für das aktuelle europäisch-türkische Verhältnis. Die Europäer jedoch haben in den letzten Jahrzehnten ihre historische Verantwortung nicht begriffen, die sie mit zahlreichen Versprechen, beginnend mit dem Assoziationsabkommen, übernommen haben. Sie haben stattdessen alles getan, um dieses schon immer problematische Verhältnis noch nachhaltiger zu stören und damit dem eigenen Interesse an einem demokratischen Rechtsstaat Türkei als Partner in einer schwieriger werdenden Welt zu schaden.

Einführung

Dieser Beitrag wurde erstmals am 13.08.2016 ins Netz gestellt, fast vier Wochen nach dem Putsch. Zu jenem Zeitpunkt standen alle Beobachter noch geradezu ratlos den Ereignissen gegenüber, die sich danach stetig fortentwickelten und mit dem Putsch am 15.7.2015 einen unglücklichen Höhepunkt erreicht hatten. Nur knapp konnte die Regierung das Referendum am 16.4.2017 gewinnen, wobei die Opposition nach wie vor davon spricht, dass dieser Sieg einer entsprechenden Einnordung des Hohen Wahlrats zu verdanken und nicht mit rechten Dingen zugegangen sei.

Herausgekommen ist eine Verfassung, die - getarnt als „Änderung“ - ein völlig neues System installiert (vgl. www.tuerkei-recht.de/downloads/verfassung.pdf, www.tuerkei-recht.de/downloads/Verfassungsaenderung.pdf). Obwohl das Inkrafttreten in wesentlichen Teilen erst mit der für November 2019 erwarteten Parlamentswahl geplant ist, wirkt sie infolge des Notstandsrechts schon jetzt, die Vasallen des Präsidenten in Partei und Regierung tun alles dafür, dass dies so wird und bleibt. Das geht schon so weit, dass sich zum Beispiel der Bürgermeister von Bilecik als Putzmann bei Erdoğan's zuhause andient und andere sich dem Motto "Führer befiehlt, wir folgen" hingeben. Und die recht plötzliche Anberaumung von Neuwahlen am 24.6.2018 steigert die Irritationen, wobei die Interpretation allenthalben dieselbe ist: Erdoğan setzt auf Sieg, um seine Diktatur zu festigen.

Berichterstattung

Die deutsche Berichterstattung hat jahrzehntelang unter der geballten Inkompetenz von Redakteuren und Journalisten gelitten, die mit der Türkei und der dortigen politischen Akteure wenig anzufangen wussten, denen es insbesondere nicht gelungen ist, die eigenen Maßstäbe im Licht der lokalen Gegebenheit zu relativieren. Das hat begonnen, sich in den 1990er Jahren zu ändern. Möglicherweise haben die oft angefeindeten deutschen politischen Stiftungen, die Veränderung der deutschen Orientalistik und Turkologie hin zur Gegenwartskunde des Nahen Ostens und der Türkei dazu beigetragen. Erfahrene Journalisten wie Baha Güngör, ein echter Deutsch-Türke aus Aachen und Fan des 1. FC Köln, eher im Hintergrund Osman Okkan, dann deutschstämmige Deutsche wie Rainer Herrmann öffneten den Blick auf den Hybriden zwischen Ost und West, die Türkei als Brücke zwischen Politik und den Kulturen, mit einer Bevölkerung von etwas spezieller Mentalität, irgendwo verirrt zwischen Moderne, Islam, anatolischer Einfachheit und Hochtechnologie.

Justiz, Politik, Mentalität

Die Handlungsweise der türkischen Politik und vor allem der Justiz - wir dürfen diese beiden Foren gesellschaftlich relevanten Handelns nicht überall in denselben Topf werfen - widerspricht derzeit meinem eigenen Bild vom demokratischen und sozialen Rechtsstaat, das selbst wiederum in einem bestimmten gesellschaftlichen, politischen und historischen Umfeld entstanden ist und das ich mit demjenigen vieler Freunde und Kollegen in der Türkei teile. Es hatte einen guten Grund, dass ich im Jahre 1978 die Entscheidung getroffen habe, meine Dissertation dem türkischen Verfassungsrecht zu widmen. Das Thema „Das Rechtsstaatsprinzip in der türkischen Rechtsordnung“ hat mir viele Freunde beschert, aber auch Kritiker, welche es „unmöglich“ fanden, in den Zeiten nach dem Putsch 1980 überhaupt von Rechtsstaat in der Türkei zu sprechen. Aber es geht eben nicht nur um Politik, sondern darum, diesem Land zwischen den Kontinenten und zwischen den großen Kulturen der Welt und ihrer Geschichte irgendwie gerecht zu werden, auch schon mal für Verständnis dafür zu werben, dass die besondere geopolitische Lage der Türkei es manchmal schwermacht, unser eigenes Verständnis von Staat und Gesellschaft eins zu eins zu übertragen.

Wir sollten inzwischen auch innerhalb der EU gemerkt haben, wie schwierig es ist, nationale Mentalitäten unter ein Dach zu bringen, zu groß sind die Unterschiede in historischen Erfahrungen und Sozialisierungen zwischen Westirland und der Krim. Die „Erzfeinde“ Frankreich und Deutschland haben mehr gemeinsam als die Deutschen und die Ungarn, zwischen denen aber noch nie Krieg geführt wurde; Ungarn war sogar eine Zeitlang Teil des Herrschaftsgebiets des ehemaligen deutschen, seit 1806 österreichischen Kaiserhauses. Oder die Deutschen mit den Rumänen - obwohl in der Geschichte Zehntausende von Deutschen nach Rumänien ausgewandert sind und die Rumänen heute noch eine Sprache sprechen, die dem Lateinischen näher ist als die der übrigen als „romanisch“ geltenden Sprachräume...

Und dann die Türkei als Objekt der Analyse... Aus der Warte eines Europäers, der sich seit Jahrzehnten über die verständnislose Türkei-Politik der Europäer ärgert ...

Zurück zum Thema.

Referendum: Spaltung statt Sieg

Der Sieg der AKP im Referendum am 16.4.2017 war vielleicht der Sieg eines Mannes oder einer Partei, nicht jedoch ein Sieg für das Land und die Welt. Wie in Großbritannien ist durch Volkes Stimme mit hauchdünner Mehrheit eine existenzielle Entscheidung getroffen worden, obwohl für jeden vernünftig denkenden Menschen auf der Hand liegen sollte, dass diese konkrete Entscheidung falsch sein muss - das Volk als dümmliches Opfer schlauer Populisten, deren Fähigkeit, die langfristigen Folgen abzuschätzen, gegen Null zu gehen scheint, geblendet durch die konkrete Chance, das eigene Selbst und natürlich das Wohl der Familie fest im prall gefüllten Geldbeutel zu verankern. Das Ego halbgebildeter Besserwisser übertrumpft die intelligente Relativiererei der etablierten politischen Klasse. Ja, auch die Verfassung von 1961 kam mit einer äußerst knappen Mehrheit zur Welt. Das Unwohlsein war aber anders, geradezu basisdemokratisch begründet. Es war umgekehrt der Sieg der Vernunft über einen dümmlichen Populismus. Die Ja-Sager waren die Klügeren, nicht die Nein-Sager, die dem Opportunisten Menderes nachtrauerten, der die Türkei in Korruption, Rechtsverachtung und opportunistische Machtpolitik einer hochgekommenen Kleinbürgerkaste zu versenken drohte. Da war der Fehler, dass man ihn gehenkt und damit zum Helden für die Unverbesserlichen gemacht hat. Hätten sie ihn nicht gehenkt - möglicherweise würde er genauso vergessen wie ein Nihat Erim, Sadi Irmak oder Büleend Ulusu (dessen Namen auf der Webseite des [Premierministeriums](#) sogar noch falsch geschrieben wird) - alles Ministerpräsidenten von des Militärs Gnaden ...

Nein, anders als 1961 oder 1982 erzeugt das Ergebnis des Referendums nachhaltiges Unwohlsein statt nachhaltige Zufriedenheit über eine historische Leistung. Die Verfassungen 1961 und 1982 wurden wegen ihrer Art und Weise ihrer Entstehung kritisiert - sie haben aber nicht die Nation gespalten, sondern geeint. Sie hatten einen verbindlichen Charakter, der die Vielstimmigkeit einer ethnisch und politisch vielfältigen Nation widerspiegeln konnte. Sie waren durchaus geeignet, sie zu einen. Sie folgten streng den Prinzipien verfassungsrechtlicher und verfassungspolitischer Vernunft.

Jetzt dagegen beherrschen Demagogen, Rattenfänger und Populisten mit Lebensentwürfen für eine Gesellschaft, die auf Riesenprojekten („die größte Brücke“, „der größte Flughafen“, „der Kanal“, „das türkische Auto“), dem Einheitsmenschen („wir sind eine Einheit“), der Supermoschee und der Abgrenzung gegenüber den anderen („der Westen“, „das Europa“ etc.) sowie auf einer neu geschriebenen nationalen Geschichte aufbauen soll, die Szene und gefährden dadurch nicht nur den inneren Frieden, sondern auch den Frieden in der Region und in der Welt.

EU unfähig richtig zu reagieren

Die Reaktionen außerhalb der Türkei machen es nicht besser. Der letzte Kommissionsbericht der EU zur Türkei ist erwartungsgemäß schlecht ausgefallen. Gut ist immerhin, dass die EU auch die eigenen Mitgliedstaaten nicht verschont, wie etwa Ungarn oder Polen, dessen „Reformen“ noch gefährlicher sind als die in der Türkei. Die besonnene Angela Merkel hatte sich im „Duell“ mit ihrem Herausforderer Schulz am 3.9.2017 auf die Linie von SPD und Grünen pressen lassen, indem sie der Beendigung der Beitrittsgespräche das Wort geredet hat - ein Schlag ins Gesicht von 50% der türkischen Bevölkerung, die ihre Heimat vorwiegend

in Europa sieht. Kein Erdoğan-Anhänger wird die legitimen Motive von Frau Merkel zur Kenntnis nehmen. Die Lesart in der Türkei ist ganz einfach: „Seht Ihr, die Europäer wollen uns nicht!“. Selbstkritik, die die sogenannte „klare Kante“ auslösen sollte, gab es nicht und wird es nicht geben.

Neue Position der Türkei?

Denn bei aller Kritik, welche die türkische Regierung im Hinblick auf ihren Realitäts- und Moralverlust verdient hat, bleibt doch die Tatsache, dass die Türkei nach wie vor genau dort belegen ist, wo sie seit der Erschaffung der Welt belegen war, dass es eigentlich eine mehrere Hundert Jahre alte deutsch-türkische Freundschaft gibt, die sich bei weitem nicht auf die unselige Waffenbrüderschaft im 1. Weltkrieg oder die Unterstützung des preußischen Militärs in der Mitte des 19. Jahrhunderts reduzieren lässt, und vor allem dass die türkische Wirtschaft nach wie vor funktioniert, Verträge weitgehend eingehalten und laufende Projekte erfolgreich zu Ende gebracht werden - auch wenn Wirtschaft und Währung unter der aktuellen politischen Neuorientierung offenkundig leiden. Der Wertverlust der türkischen Lira ist nicht das Ergebnis irgendwelcher externer Stimmungs- und Wirtschaftslagen, sondern ganz klar der Verantwortung der aktuellen Regierung zuzuweisen. Gleiches gilt für das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, die wieder über 12% liegt. Die angeblich um 11,9% (Stand Dezember 2017) erhöhte Exportleistung ist eher der schwachen türkischen Lira geschuldet (Inflation ca. 12%) als einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung. Denn gleichzeitig ist der durchschnittliche Jahresbruttolohn - in US-Dollar gerechnet - wieder im Sinken begriffen, die Erhöhung des Mindestlohns gleicht kaum die Inflation aus, ausländische Firmen verlassen die Türkei. Wenn es tatsächlich eine Steigerung des Exports gibt - der Autor dieses Beitrages hat sein Vertrauen in die Zahlen des türkischen Amts für Statistik verloren -, dann ist sie auf den Verfall der Lira zurückzuführen.

Dennoch: Dass vor allem Mittelständler angesichts der Situation mit Investitionen zögern oder sie dann doch absagen, ist verständlich, aber - unter ökonomischen Gesichtspunkten - nicht rational. Die aktuelle Situation, die nachfolgend dargestellt und stellenweise auch bewertet wird, ist sicherlich nicht schön - aber in wirtschaftlicher Hinsicht hat die Türkei trotz allem auch weiterhin Vertrauen verdient. Auch wenn man hier inzwischen von *Vertrauensvorschuss* sprechen muss, den die türkische Regierung, genauer: den Präsident Erdoğan, wenn er sich mit seinen absurden Nazi-Vorwürfen gegen Deutschland ausgetobt hat, wird irgendwann einmal rechtfertigen müssen.

Eine neue Situation

Die Entwicklungen seit dem 15.7.2016 haben eine Lage aufgezeigt, wie sie die Türkei noch nie erlebt hat. Auch sonst dürfte es in Europa kaum ein Land geben, das in den letzten hundert Jahren eine ähnliche Situation zu bewältigen hatte. Selbst der kläglich gescheiterte Putsch hat mit den bisherigen Putsch-Erfahrungen der Türkei nichts gemein, noch weniger die zivile Reaktion hierauf, die uns maßlos erscheint.

Information und Desinformation

Die Desinformation war in den ersten Wochen nach dem sogenannten Putsch v. 15.7.2016 das alltägliche Brot des europäischen TV- und Medienbürgers. In völliger Unkenntnis der tatsächlichen Kompetenzverhältnisse wurden Aktionen des türkischen Staates diesem oder jenem zugeschrieben. Und da sich am Ende alles nur auf Erdoğan als Täter oder Opfer konzentriert hatte, entstand etwas, was sich die Kritiker sicherlich nicht wünschten: ein Herr Erdoğan als großer allmächtiger Führer, gleichzeitig Opfer eines Putsches gleichsam aus dem Hinterhalt. Denn kein türkischer Präsident seit Atatürk, kein Ministerpräsident hat jemals so im Fokus des internationalen Interesses gestanden. Kein Präsident hat sich derart in die Öffentlichkeit gedrängt und mit seiner aggressiven Rhetorik alle Medienplätze besetzt, flankiert von einigen Ministern wie dem als Jurist schwachen früheren Justizminister und jetzigen Regierungssprecher Bozdağ (ausgebildet als Rechtsanwalt und Theologe) oder dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsprofessor Numan Kurtulmuş (inzwischen in Bedeutungslosigkeit versunken) mit ihrer jeweils überdimensionalen Präsenz in den Medien. Kein Präsident hat bisher jeden und alles derart manipuliert. Kein Präsident hat sich je dazu herabgelassen, sich wie ein beliebiger Parteivorsitzender zu allen Themen zu äußern, Fußball inbegriffen, ein Sprachniveau zu wählen, das alles andere als präsidial ist, und jeden einzelnen Bürger, so er denn erwischt wird, kleinlich und unsouverän wegen Beleidigung verfolgen zu lassen. Und nie wurden kritische Ministerposten wie Innenministerium, Justizministerium und Verteidigungsministerium mit so schwachen Köpfen besetzt wie aktuell - zugunsten eines starken Präsidenten.

Erdoğan braucht nur auf die dummen Europäer zu zeigen, die nicht wissen, wie man es richtig macht, die sich gerade selbst zerstören, die die PKK und andere Terroristen unterstützen. Er definiert ihre Schwäche und damit seine eigene Stärke. Das Schlimme dabei ist: Er hat Recht. Die PKK wird in Deutschland eher als Befreiungsbewegung denn als Terrororganisation begriffen. Und die Gülen-Bewegung ist keineswegs harmlos, es ist keineswegs ausgemacht, ob ihre Anhänger unter *politischer* Verfolgung leiden oder „nur“ rechtsstaatswidrige Behandlung in der Türkei zu befürchten haben - was ebenfalls noch nicht eindeutig feststeht.

Definitionshoheit bei Erdoğan?

Mit einer neuartigen Definition von Demokratie schreibt Erdoğan 2.500 Jahre Demokratiegeschichte neu, ohne offenkundig überhaupt eine Vorstellung von Geschichte zu haben, geschweige denn in der Lage zu sein, die Geschichte als riesiges Reservoir politischer Lektionen zu begreifen. Macchiavelli jedenfalls hat er nicht gelesen, wenn er überhaupt jemals ein Buch gelesen hat. Er ist eben kein Staatsmann. Gleiches tut er mit dem „Terror“-Begriff, den er der Beliebigkeit ausliefert und mit dem er jeden Gegner seiner eigenen Auffassung zu treffen versucht. Mit seinen neuartigen Definitionen politischer Begriffe verkauft er die Türkei als Vorreiter für Pressefreiheit und Rechtsstaat.

Erdoğan und Gülen: Ein gefährlicher Konflikt

Die Säuberungen nach dem Putschversuch haben inzwischen unvorstellbare Dimensionen erreicht. Erfasst wurden und werden noch immer Tausende von Menschen, bei denen kaum nachvollziehbar ist, worin eigentlich ihr Verhältnis zu Herrn Gülen bestehen soll, abgesehen

davon, dass sie vielleicht ein Bankkonto bei der falschen Bank hatten oder das diskrete Messenger-System „ByLock“ benutzt haben, das tatsächlich auch als Kommunikationsplattform der Bewegung benutzt worden zu sein scheint, so jedenfalls die Feststellungen der Gerichte. Die türkischen Staatsanwaltschaften haben dieses Messenger-System als Beweismittel für die Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegung fixiert, die Strafgerichte folgen dieser Auffassung, wobei allerdings der Kassationshof auch Grenzen zieht. Unklar scheint noch, wie die Gerichte darauf kommen, die vielen Gülen-Anhänger könnten tatsächlich die Organisation als „Terror-Organisation“ verstanden haben, also tatsächlich einen entsprechenden Vorsatz haben könnten.

Journalisten werden verfolgt, weil sie angeblich die Gülen-Bewegung unterstützen; den Mitarbeitern der Cumhuriyet wird - wie sinnig - sogar die Unterstützung gleich zweier Organisationen vorgeworfen, nämlich PKK und Fethullah Gülen. Die Strafurteile, die inzwischen herausgekommen sind - absurd.

Erdoğan hat nach wie vor das Gefühl, alles richtig zu machen. Unverbesserlich und arrogant macht er die Türkei zu einem Familienbetrieb, in dem nichts gelten wird als das, was der Clan-Chef (oder die Clan-Chefin Emine hanım) sagt. Er meint, den Terror allein mit Gewalt bekämpfen zu können, und schafft damit eine Atmosphäre, welche viele Menschen in die Verzweiflung bis in den Tod treibt. Und so erfasst der Sturm auch alle Kritiker, die Opposition, allen voran diejenigen Politiker, die für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage stehen, und unzählige Hochschullehrer und Schullehrer, Ärzte und Schauspieler, selbst Pianisten und andere Künstler.

Der Konflikt zwischen den alten Freunden Erdoğan und Gülen, der auf Kosten der türkischen Nation ausgetragen wird, gefährdet derzeit die zivilisatorischen Errungenschaften, die schon die letzten osmanischen Sultane aus guten Gründen zu übernehmen gesucht hatten. Selbst Abdülhamit II., dessen Diktatur Zehntausende unschuldiger Menschen - osmanischer Bürger - das Leben gekostet hat, bemühte sich, das zerfallende Reich Richtung Europa zu treiben, also genau in die umgekehrte Richtung als diejenige, die Erdoğan eben unter Berufung auf diesen zweifelhaften Herrscher einschlägt. Erdoğan will die türkische Geschichte neu schreiben - ein Unterfangen, das bisher nur wenigen Politikern nachhaltig gelungen ist und bekanntlich typisch für diejenige Form von Diktator ist, die dem europäischen Absolutismus fremd wäre. Das Erinnerungsvermögen der Gesellschaft, eines Volkes, lässt sich durch Regierungsdekrete nicht einfach auslöschen. Wenn die Hälfte der Bevölkerung einem Menschen folgt, der sich seinen eigenen Palast unter Verstoß gegen einschlägiges Gesetzesrecht auf Kosten des Steuerzahlers erbaut, auf goldenen Stühlen zu sitzen liebt, seinen Sohn, dem Korruption in besonders schwerem Ausmaß vorgeworfen wird, vor der Justiz schützt, seinen Schwiegersohn in jeder Hinsicht fördert, sei es als Minister, sei es als Profiteur staatlicher Ausschreibungen, dann ist das kein gutes Zeichen, sondern Ausdruck fehlender Stärke der zivilen Gesellschaft.

Soweit zur Stimmung, die man jedoch von der Realität trennen sollte, die nicht nur die im Gefängnis sitzenden Journalisten kennt, sondern auch das Leben auf der Straße und in der Wirtschaft.

Fakten

Neben inzwischen gut 170.000 Beamten hat es auch über zahlreiche Unternehmen aller Größen getroffen, denen vorgeworfen wird, die Gülen-Bewegung zu finanzieren und damit, nach der Lesart der Regierung, eine kriminelle bewaffnete Vereinigung zu unterstützen. Jeden Tag - auch heute - wird von neuen Festnahmen berichtet, die meist auch in Verhaftungen enden. Die zwischenzeitlichen Haftentlassungen oder gar Freisprüche sind eher noch die Ausnahme, sollten aber nicht unbeachtet bleiben.

Manche deutschen Unternehmer verlieren damit ihre Geschäftspartner, obwohl die Unternehmen prinzipiell durch staatliche Sachwalter (*kayyum*) weitergeführt werden. Den deutschen Partnern stehen dann die üblichen Rechte zu, etwa die Beendigung von Verträgen wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage, der Geltung einer change-of-control-Klausel oder gar wegen höherer Gewalt. Auch wenn das Regime jetzt versucht, jegliches juristische Vorgehen Dritter (z.B. von Gläubigern) gegen geschlossene Institutionen (Medien, Unternehmen etc.) zu verhindern, bleiben vor allem die ausländischen Unternehmen nicht rechtlos. Ggfs. sind sie auf ihren eigenen nationalen Rechtsweg zu verweisen, wenn feststeht, dass ihnen der türkische Rechtsweg verschlossen worden ist. Selbst deutsche Unternehmen können dann betroffen werden, wenn sie - in der Regel dann wohl unbewusst - selbst von Gülen-Anhängern infiltriert worden sind.

Alle anderen Dispositionen (Marken, Firmengründungen, Kooperationen, Lizenzen aus dem Bergbau, dem Energiesektor, Bauwesen etc.) sind von der aktuellen Situation rechtlich nicht betroffen.

Folgen für Bürokratie und Justiz

Ungeachtet all dessen wirken sich die durch die Entlassungen gerissenen Lücken in Bürokratie und Justiz auf die Verfahren aus, weil die vakant gewordenen Stellen erst einmal neu besetzt werden müssen. Gleichzeitig ist die Zahl der Verfahren massiv angestiegen. Es kommt also zu Verzögerungen, die man - auch in den Journalistenprozessen - nicht einfach mit staatlicher Willkür erklären kann. Gerichtsverhandlungen fallen aus oder werden verschoben, weil die Richter plötzlich nicht mehr da sind, die verbleibenden Richter sind völlig überlastet oder müssen sich gar erst zu Lasten der wartenden Prozessparteien als Neulinge in ihre Posten einarbeiten. Wir rechnen damit, dass die personellen Lücken bis spätestens Sommer 2018 bereits wieder gefüllt sein werden. Allerdings wird langfristig mit erheblichen Qualitätsproblemen zu rechnen sein. Denn es kommen nicht nur unerfahrene Juristen vermehrt in den Justizdienst, sie stammen vor allem auch aus juristischen Fakultäten, die infolge ihrer inflationären Vermehrung nicht mehr in der Lage sind, qualitativ hochwertig ausgebildete Menschen an den Arbeitsmarkt zu bringen. Wenn die Presse von Beamten berichtet, die wieder auf ihre Posten zurückkehren, weil die Staatsanwaltschaften offenbar überhaupt keine Anhaltspunkte für irgendeinen Zusammenhang mit Gülen gefunden haben, wird das schnell wieder durch neue Entlassungen „kompensiert“.

Auch im Militär wurde nach dem Putsch erst einmal gesäubert - dies so intensiv, dass zahlreiche Offiziere bis zum Generalsrang wieder zum Dienstantritt gerufen werden mussten, die in den berüchtigten Ergenekon- und Balyoz-Verfahren ihre Posten verloren

hatten, jahrelang in Untersuchungshaft saßen, wegen Hochverrats verurteilt und dann auf Anordnung des Kassationshofs zu einem großen Teil doch wieder freigesprochen oder zumindest auf freien Fuß gesetzt wurden. Die Luftwaffe stand kurz vor dem Kollaps, weil es ihr plötzlich an Piloten für die Kampfeinsätze fehlte, die nicht nur gegen die PKK, sondern auch in Syrien zu fliegen waren, zuletzt dürfte die Marine praktisch außer Gefecht gesetzt worden sein, sie ist überdurchschnittlich von den Säuberungen betroffen. Die Festnahmen setzen sich auch aktuell fort.

Ausländische Investitionen - im Risiko?

Auch wenn wir ausländische Investitionen nicht gefährdet, ja sogar die Möglichkeiten steigen sehen, ist das politische Risiko nicht völlig von der Hand zu weisen. Es gibt aber jedenfalls keine Anhaltspunkte dafür, dass ausländische Unternehmen vor türkischen Gerichten einen schwereren Stand hätten als früher. In einem problematischen Zustand ist nur die Strafjustiz, die sich derzeit als willfähriger Handlanger türkischer Regierungspolitik darstellt. Sie muss erst noch beweisen, dass sie tatsächlich unabhängig ist.

Die türkische Regierung tut derzeit ungeachtet all dessen alles, um das Investitionsklima weiter zu verbessern (vgl. dazu unsere [Newsletter](#)). Und unschlagbar bleibt die Brückensituation in die jenseits der türkischen Ostgrenze liegenden Regionen.

Die AKP und Gülen

Entwicklung der AKP

Die AKP war ursprünglich eine Sammlungsbewegung aus verschiedenen politischen Richtungen, wenn auch mit starken islamisch orientierten Zügen. Eigentlich verdankt sie ihre Existenz genau derjenigen Verfassungsordnung, die sie jetzt unbedingt ändern will, einer Verfassungsordnung, die zu Beginn als durch das Militär 1982 diktiert beschimpft wurde, sich dann aber zu einer funktionstüchtigen Verfassung emanzipiert hat, die sich in ihrem rechtsstaatlichen und demokratischen Wesen im Einklang mit den meisten Verfassungen europäischer Staaten befindet. Unter dem Dach der AKP sammelten sich seit 2001 nicht nur gemäßigte Kräfte der alten islamistischen Parteien, sondern auch Anhänger der bürgerlichen und linken Parteien. Vor allem die von Turgut Özal gegründete ANAP und die konservative DYP flogen aus dem Parlament und verschwanden im Nichts. Die kemalistische CHP und die nationalistische MHP behaupteten sich nur mühsam und mussten sich noch die Opposition mit der offensichtlich nicht klein zu bekommenden kurdischen HDP (als Nachfolgepartei einer ganzen Kette von Parteien, die nacheinander verboten wurden) teilen, welche die stärkste Oppositionsfraktion im Parlament bildet(e).

Die AKP hatte also einen durchaus pluralistischen Charakter, was dann auch maßgeblich den Erfolg der türkischen Politik in jeder Beziehung herbeigeführt hat, weil es erstmals seit Jahrzehnten eine Partei schaffte, ohne Koalitionspartner Regierungsverantwortung zu übernehmen und damit Politik und Gesellschaft zu stabilisieren. Zumindest vordergründig. Denn heute gibt die AKP ein Bild ab, das es schwer macht, ihre politische Richtung - über ihre islamistischen Tendenzen hinaus - zu definieren.

Die AKP als Plattform für Gülen

Die AKP bot auch dem heute so ungeliebten Fethullah Gülen eine Plattform, über welche die Karrieren seiner Freunde und Anhänger gefördert wurden. Gülen war mit seinen Anhängern in den 1980er Jahren aus vielschichtigen und verzweigten religiösen Strömungen hervorgegangen, die die religiösen Bedürfnisse der Gesellschaft besser bedienten als der Staatsislam des Präsidiums für Religionsangelegenheiten, dessen verlängerten Arm wir in Deutschland als DITIB kennen. Gülen's Anhänger erlangten die Strukturen einer riesigen Gemeinde mit starkem Zusammenhalt und loyalen Seilschaften in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei war Gülen nie als Unterstützer eines politischen Islam aufgefallen, hatte seine Wahlempfehlungen zuletzt vor allem auf die bürgerliche DYP konzentriert, die in den 1990er Jahren die bislang einzige Frau auf dem Posten des Ministerpräsidenten, die Wirtschaftsprofessorin Tansu Çiller, hervorgebracht hatte. Mit der Gründung der AKP fand Gülen mit seiner Bewegung dann eine neue Plattform bzw. ein neues Dach, unter welchem es ihm gelang, wichtige Positionen in allen Bereichen von Verwaltung, Justiz und Militär zu besetzen. Wenn also heute ein Minister davor warnt, die FETÖ (Gülen-Bewegung, das „T“ steht für die Qualifikation als terroristische Vereinigung) habe die Institutionen infiltriert, so muss er sich entgegenhalten lassen: Die AKP hat dies der Bewegung aktiv ermöglicht. So halten auch tatsächlich 56% der Türken die AKP selbst für unterwandert (AKAM, Cumhuriyet v. 25.11.2016) - eigentlich logisch, denn ohne den Gülen-Anhang wäre die AKP politisch nicht dort, wo sie heute ist. Und dass eine „terroristische“ Vereinigung in der Türkei Hunderttausende von Mitgliedern oder Befürwortern haben soll - eine absurde Vorstellung. Nicht absurd ist allerdings die Vorstellung, dass eine solche Bewegung - den „Terror“-Begriff einmal außer Acht gelassen - ein Projekt umsetzt, das wir aus den Parolen der 1968er Generation kennen: Die Umsetzung der Ziele einer Ideologie oder Weltanschauung über den Marsch durch die Institutionen. Dass die AKP und schon ihre Vorgänger aus eigennützigen politischen Motiven die Bewegung zur Förderung eigener Ziele nutzten, verschärft das Problem. Aber es führt weder zu einer Legitimierung dieser Bewegung noch darf man der AKP bzw. der türkischen Regierung grundsätzlich entgegenhalten, dass sie dieses Problem zu lösen sucht.

Der notwendige Bruch

Gülen's Angriff auf die Vernetzung von Politik und Bürokratie

Vorab ist - um Missverständnisse zu vermeiden - kurz der hier verwendete Begriff der „Seilschaft“ zu definieren. Jedes politische System generiert seine Eliten und das Personal, das die Führung des Staates bildet, durch persönliche Beziehungsgeflechte. Korruption ist somit fester Bestandteil jeder Politik, so demokratisch sie auch immer legitimiert und verfasst sein mag. Niemand kommt nach oben, ohne anderen - seinen Unterstützern - etwas zu bieten. Geboten werden nicht nur zündende Ideen, sondern auch Posten, Ämter, Vorteile aller Art. Das ist das Wesen der menschlichen Gesellschaft als soziobiologische Bedingung für das Überleben aller. Die politische Seilschaft ist dasjenige soziale System, in dem der erfolgreiche Politiker nach oben steigt und seine Seilschafter mitzieht. In vielen Gesellschaften ist das als Klientelismus besonders stark ausgeprägt, die

Loyalitätsbeziehungen aus gemeinsamer Kindheit im gemeinsamen sozialen Umfeld (Dorf, Stadtviertel), Schule, Hochschule spielen mancherorts eine stärkere Rolle als anderwärts, wo das Funktionieren von sozialen Beziehungen stärker durch gesamtgesellschaftliche Regeln kanalisiert wird, wo die Vorteilsgewährung an Freund und Familie als anrühlich angesehen wird und unter scharfer moralischer Kontrolle der Gesellschaft steht.

Wenn in der Türkei ein Spitzenpolitiker den Mitgliedern seiner Familie oder seines Clans oder auch nur den Menschen aus dem eigenen Dorf ohne Ansehung spezifischer Qualifikation Vorteile verschafft, so ist dies selbstverständlich, geradezu moralisch geboten. Dass der Präsident der Republik seinen Schwiegersohn zum Minister macht, ohne dass jemand nach dessen Qualifikation oder politischer Verwurzelung in einer politischen Partei fragt, ist auch durch die beste Oppositionspartei dem Wahlvolk nicht als anrühlich, unmoralisch, illegitim vermittelbar. Würde Angela Merkel einem Neffen erkennbar allein aus Gründen des familiären Zusammenhalts, der wirtschaftlichen und sozialen Absicherung ihrer Familie einen Posten als Postdirektor verschaffen, würde dies bereits ihren nächsten Wahlsieg gefährden, wenn sie es überhaupt noch bis zur nächsten Wahl schafft. In der Türkei dagegen ist es selbstverständlich, dass nach jedem Wahlsieg die Posten bis in die Provinz hinein erst einmal nach Loyalitätsgesichtspunkten neu besetzt werden. Damit sind wir direkt am entscheidenden Punkt angelangt: Die politische Spitze erwartet genau dies, nämlich die Möglichkeit der Neugestaltung der Beziehungsgeflechte in Politik und Bürokratie zur Sicherung der eigenen Herrschaft. Dieses System hat die Gülen-Bewegung sowohl genutzt als auch angegriffen und neue Loyalitätsstrukturen geschaffen, auf welche die Politik - also Erdoğan und seine Seilschaften - keinen Zugriff mehr hatten. Es geht also letztlich um die Wiederherstellung von Loyalitätsverhältnissen zwischen Regierung und Bürokratie als Bedingung für das Funktionieren des Staatswesens als einer durch eine demokratisch legitimierte Regierung geführten Struktur - um die Eliminierung klandestiner Parallelstrukturen, eines nicht demokratisch legitimierten Parallelstaats. Ob die Eliminierung dieser Parallelstrukturen selbst den Anforderungen eines demokratischen Rechtsstaates standhält, ist indessen eine andere Frage.

Reaktion des AKP-Establishments

Das starke Anwachsen dieser islamischen Gemeinde - oder besser: Gemeinschaft - wurde also zur Gefahr für Erdoğan und seine eigenen Seilschaften. Sie drohte, so darf man die Vorgänge heute interpretieren, unter der Leitung des „Khomeini von Pennsylvania“, Fethullah Gülen, den Staatsapparat so zu durchsetzen, dass die Gefahr bestand, dass sich dieser Apparat verselbstständigte und einer vernünftigen Kontrolle durch die Seilschaften der AKP-Regierung entzog. So gesehen hat der vom Präsidenten Erdoğan selbst formulierte Satz, der [Putsch sei ein Geschenk Gottes](#) gewesen, eine besondere Bedeutung, die man nur in der Frage formulieren kann: Was wäre eigentlich passiert, wenn der Präsident nicht - in vieler Hinsicht unter groben Verstößen gegen die Verfassung - als starker Mann die Fäden in die Hand genommen hätte? Hätte dann doch eine Art Iranisierung nach dem Vorbild Khomeinis stattgefunden? Hätte eine islamische Scientology namens „Gülen-Bewegung“ oder (türkisch:) „Fethullahçılar“ die Kontrolle über Staat und Gesellschaft übernommen, vielleicht mit schlimmeren Folgen als denen einer Erdoğan-Diktatur? Oder ist es umgekehrt - hat Erdoğan mit der Ausschaltung der Gülen-Bewegung einfach nur eine Seilschaft

ausgeschaltet, die seinen eigenen Machtanspruch in Frage gestellt hat, um damit seine Allmachtsphantasien zu stärken und umzusetzen? Installiert er nun selbst eine islamisch orientierte Diktatur anstelle eines Seilschaftenregimes, das einer säkularistischen Interpretation des Islam gefolgt ist?

Derzeit sehen wir nur, wie eine AKP-Regierung mit Unterstützung von Denunzianten eine Hexenjagd betreibt - türkische Kritiker haben diesen Begriff bereits kurz nach dem Putsch in einem für türkische Verhältnisse neuen Begriff übernommen: *çadı avı*. Aber sehr viele Verhaftete sind ja gerade Anhänger oder gar Mitglieder der AKP oder Spitzenbürokraten wie Polizeipräsidenten, Präfekten und hohe Richter, die auf „AKP-Tickets“ (wenn auch nicht, bedingt durch das türkische Parteien-Recht, als AKP-Mitglieder) in ihre Positionen gelangt sind. Selbst Spitzenpersonal im Präsidialpalast gehört angeblich dazu. Es werden Personen ausgebootet, suspendiert, verhaftet, von denen alle glaubten, das seien jetzt diejenigen, mit denen Erdoğan seine Islamisierungspolitik vorantreibt. Die Hoffnung, Erdoğan werde jetzt möglicherweise gezwungen, seinen Frieden mit dem Säkularismus zu schließen, weil er als Zauberlehrling die Geister, die er gerufen hat, anders nicht loswird, hat sich allerdings zerschlagen. Mit seiner Neu-Definition des Säkularismus schafft er ihn ab. Zwar posiert er gerne noch vor dem Konterfei Mustafa Kemal Atatürks, aus den Geschichtsbüchern wird Atatürk aber peu à peu gestrichen - so wie die Lehre von der Evolution des Menschen. Der große Sieg von Çanakkale 1915 über die Alliierten wird neuerdings als Leistung des bankrotten osmanischen Systems gefeiert statt als Leistung eines einzelnen Generals, nämlich von Mustafa Kemal Pascha, dem späteren Atatürk. Der „*cihad*“ als fester Bestandteil des Lehrplans, eine Kampfansage an die Neutralität des Staates. Eine Kampfansage an die Republik, wie sie Atatürk gegründet und aufgebaut hat. Erdoğan ist, was die Vorstellung von Staat, Gesellschaft und Religion angeht, radikaler als Gülen. Gülen hat die laizistische Republik nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Er hat stattdessen den Fehler gemacht, seine Bewegung zu einem Geheimbund zu machen, dessen Struktur in Konkurrenz zu den demokratisch legitimierten Strukturen des Staates getreten ist. Er hat versucht, dem bestehenden klientelistischen System ein für die Türkei neuartiges Seilschaftsystem überzustülpen. Er hat damit letztlich dem Staat und seiner Verfassung nachhaltigen Schaden zugefügt.

Der Putsch v. 15.7.2016

Die Frage der Urheberschaft

Am Abend des Putsches wurde der Putsch von einigen Beobachtern über Twitter erst einmal als großes Theater bezeichnet. Aber niemand kennt bis heute den Dramaturgen oder Autor des Theaterstücks, auch wenn die Regierung hier eine eindeutige Ansicht vertritt. Die Regie jedenfalls ist gründlich misslungen. Gülen hätte als Motiv die Gefahr, die ja von den bereits begonnenen Säuberungen für seine Bewegung ausgegangen ist. Erdoğan fehlte noch eine solide Rechtfertigungsgrundlage, auf welche er seine Säuberungsaktionen stellen konnte. Denn davon, dass die Bewegung eine terroristische sei, hat bis zum Nachmittag des 15.7.2016 niemand gesprochen. Auch wenn die Strafjustiz inzwischen nachvollziehbare Beweise dafür gefunden hat, dass jedenfalls Gülen-Anhänger in den Putsch verwickelt waren - ob es *die*

Bewegung war, ist nach wie vor unklar. Aber auch Erdoğan als Urheber erscheint inzwischen unwahrscheinlich - dennoch hält sich der Verdacht, dass Erdoğan seine Möglichkeiten, den Putsch frühzeitig zu verhindern, nicht ausgeschöpft hat. So könnte also die merkwürdige, aber nicht von der Hand zu weisende Erklärung sein, dass der Putsch von Erdoğan-Gegnern geplant und durchgeführt wurde, Erdoğan aber die Aktion auch hat geschehen lassen, wie ein Sprengmeister die Explosion einer Bombe. Ob und wann aber die Wahrheit ans Licht kommt, steht in den Sternen. Was die Justiz als „Wahrheit“ ans Licht bringt, bleibt jedenfalls derzeit noch zweifelhaft. Denn die Strafjustiz hat inzwischen ihre Glaubwürdigkeit vollständig verloren.

Das türkische Militär und die Politik

Bis 1983 war das türkische Militär die mächtigste und am besten funktionierende Organisation im Staat. Seine „Politik“ war berechenbar, streng an den Prinzipien des Kemalismus ausgerichtet oder - wie die orientwärts ausgerichtete Politikwissenschaft sagt - einer konsequenten Modernisierungsideologie bzw. Verwestlichungsideologie (*modernization, westernization*) verpflichtet. Das Militär war geradezu Garant für die Vertragstreue des türkischen Staates in westlichen Bündnissen wie Europarat und NATO. Ich würde sogar einen Schritt weitergehen: es war Garant des sozialen und demokratischen Rechtsstaates. Dass der Abbau der Macht des türkischen Militärs parallel mit dem Abbau demokratischer Institutionen erfolgt ist kein Zufall.

Der Putsch vom 27.5.1960 erfolgte in der interessanten, aber hochwirksamen Konstellation einer Verbindung zwischen der Offiziersebene unterhalb der Generalität, aber mit deren Duldung, und einem großen Teil der Professorenschaft an den Universitäten, „aktiv geduldet“ von der CHP, die damals als Oppositionspartei durch die Demokratische Partei des Ministerpräsidenten Adnan Menderes mit zweifelhaften Methoden, die an heutige Verfahrensweisen erinnern, aus dem Parlament gedrängt werden sollte. Auslöser waren blutig niedergeschlagene Proteste von Studenten und Mitgliedern der Lehrkörper an den Universitäten in Istanbul und Ankara. Das Militär versprach die Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaat und löste dieses Versprechen innerhalb eines Jahres ein. Das Ergebnis war die modernste Verfassung des damaligen Europas, mit umfassendem und effizientem Schutz der Grundrechte und Freiheiten. Nicht gerechnet hatte man mit der Schwäche der zivilen Politiker, die sich nicht in der Lage zeigten, das Land zu stabilisieren und zu befrieden. Seit 1971 gab es zahlreiche instabile Lagen, mit langen Zeiten im militärischen Ausnahmezustand, wie er durch Verfassung und Gesetz vorgesehen war.

Der Putsch vom 12.9.1980, den der Autor als junger Rechtswissenschaftler selbst vor Ort miterlebt hat, erfolgte durch das Militär als Einheit, beschlossen und angeordnet durch den Generalstab. Es gab kein Blutvergießen. Er führte zur unmittelbaren Befriedung des durch bürgerkriegsähnliche Zustände geschüttelten Landes, das nach den unruhigen 1968er Bewegungen in eine Art Krieg zwischen zahlreichen politischen Gruppierungen verwickelt worden war. Auch hier erfüllte das Militär sein Versprechen zur Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaat innerhalb des sich selbst auferlegten Zeitplans. Auch die Verfassung von 1982 ist keine Verfassung „des Militärs“, sondern wurde auf Anordnung des Militärs durch zivile Politiker und Professoren unter Mitwirkung von Gewerkschaften und Verbänden

ausgearbeitet. Sie ähnelt in hohem Maße der Verfassung von 1961, hat einige derer Fehler beseitigt, insbesondere das schlecht funktionierende parlamentarische Zweikammersystem abgeschafft. Entgegen anders lautender Behauptungen enthielt diese Verfassung keinerlei Bestimmung, die dem Militär eine Macht eingeräumt hätte, die es nicht ohnehin schon früher von Verfassungen wegen gehabt hätte.

Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung im November 1983 begann der „Niedergang“ des Militärs als verlässlichste Institution im türkischen politischen System. Schon die Regierung von Turgut Özal, den das Militär nach einigem Zögern mit seiner neuen ANAP zur Wahl zuließ, begann ihre Arbeit mit neuem Selbstbewusstsein und dem Ziel, die Politik von der Vormundschaft des Militärs zu befreien. Unter Özal entstand eine pragmatische Politikkultur, in welcher sich die Zivilisten letztendlich gegen das Militär durchsetzten. Die Umkehr der Mehrheitsverhältnisse im Nationalen Sicherheitsrat im Jahre 2001 zugunsten seiner zivilen Mitglieder war ein deutliches Zeichen dafür.

Das Scheitern des Putschs

Der Putschversuch am 15.7.2016 hat mit den Putschen des traditionsreichen türkischen Militärs nichts mehr zu tun. Der Aufwand war geradezu mickrig, die Durchführung dilettantisch. Es war die Karikatur eines Putsches. Zu lachen gibt es leider nichts - denn während keiner der Eingriffe des Militärs seit Ausrufung der Republik jemals nennenswertes Blutvergießen verursacht hatte, wurde am 15.7.2016 ein überflüssiger und trauriger, hoher Blutzoll gezahlt - Blut von Soldaten, Polizisten und Zivilisten, das jetzt an den Händen des Initiators klebt, wer auch immer das gewesen sein mag.

Folgende Punkte fallen auf:

- Kein einziger Politiker wurde festgesetzt, auch nicht der Präsident, obwohl die Putschisten seinen Aufenthaltsort kannten. Der Präsident konnte unbehelligt seinen Aufenthaltsort verlassen und nach Istanbul fliegen.
- Die Medien blieben überwiegend intakt.
- Keine neuralgischen Punkte in Verkehr und Infrastruktur wurden besetzt (außer einer Brücke über den Bosphorus), der Atatürk-Flughafen in Istanbul wurde zwar geschlossen, aber eine vollständige Kontrolle durch das Militär war nicht erkennbar, die Öffnung erfolgte bereits wenige Stunden später.
- Dem Putsch wurde nicht durch die Mehrheit des angeblich loyalen Militärs begegnet, sondern durch die Polizei. Diese blieb voll funktionsfähig. Die Regierung war mitten in der Nacht in der Lage, innerhalb kürzester Zeit diese Polizei zu aktivieren.
- Die Putschisten bombardierten zwar wohl das Parlament, brachten es aber nicht unter ihre Kontrolle, die Schäden waren überschaubar.
- Der Präsidentenpalast blieb unbeschädigt, das Militär brachte ihn nicht unter seine Kontrolle. Nicht einmal von einem richtigen Angriff auf den Palast war die Rede.
- Die Zentrale des Geheimdienstes wurde angegriffen, das Militär brachte sie aber nicht unter seine Kontrolle.

Die Wahrheit...

... wird am Ende sein, was derjenige als solche definiert, dem es gelingt, während der nächsten Jahre die türkische Politik zu kontrollieren. Das ist im Augenblick Recep Tayyip Erdoğan. Leider hat er durch Produktion eigener Wahrheiten in zahlreichen Zusammenhängen seine eigene Glaubwürdigkeit in Frage gestellt - jedenfalls in den Augen des kritischen Beobachters. Andererseits kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass der misslungene Putsch sich durchaus konsequent in die Entwicklung der Gülen-Bewegung einordnet, gegen deren Marsch durch die Institutionen - wie wir alle wissen - ja bereits vor dem 15.7.2016 alle dann getroffenen Maßnahmen vorbereitet worden waren. Der Putsch als letzte Chance, die eigene Vernichtung zu verhindern. Erdoğan mag man dagegen als Motiv unterstellen, er habe mit einem „Schein-Putsch“ seine Macht festigen wollen. Vielleicht stimmt aber auch eine „vermittelnde“ Variante: Erdoğan-Gegner planen einen Putsch, Gülen-Anhänger sind dabei und Erdoğan lässt ihn geschehen, um anschließend politische Vorteile herauszuschlagen... Wir wissen es noch nicht.

Die Säuberungen

Die Verwendung des Begriffs „Säuberungen“ ist ein unglückliches Signal für fehlende Rechtsstaatlichkeit. Über 170.000 Beamte aus allen Bereichen, bis hinauf in die unmittelbaren Berater- und Sicherheitskreise des Präsidenten und anderer Persönlichkeiten, sind entlassen oder suspendiert worden, darunter auch mehr als 4.000 Richter und Staatsanwälte. Mehr als 50.000 Menschen dürften inzwischen in Untersuchungshaft sitzen: Journalisten, Beamte, Lehrer, Professoren, Offiziere, Ärzte, Rechtsanwälte ..., etwa die Hälfte aller Untersuchungshäftlinge (85.000). Die Nachrichten über Entlassungen, Festnahmen, Verhaftungen nehmen nicht ab, auch heute, am 02.05.2018, nicht. Die Kapazitäten der Gefängnisse sind weit mehr als ausgeschöpft ... Und ein Minister hat kurz nach Jahreswechsel 2017/2018 angekündigt, dass die Zahl der entlassenen Beamten auf 500.000 ansteigen könnte. Ursache für diese Zahlen ist allerdings nicht die Hetze gegen irgendwelche Regimekritiker, sondern weit überwiegend der Kampf gegen die Gülen-Bewegung, der uns nach wie vor rätselhaft erscheint. Selbst wenn nur bei 10% der betroffenen Beamten eine direkte Verstrickung in die Aktivitäten der Gülen-Bewegung nachgewiesen werden könnte ...

Dass nur einen Tag nach dem Putschversuch das Tempo sozusagen von Null auf Hundert zugenommen hat, ist darauf zurückzuführen, dass die Säuberungen bereits sorgfältig vorbereitet waren. Schwierig war allein die Umsetzung, denn die Gülen-Anhänger saßen in entscheidenden Positionen. Die späteren Entlassungen, Festnahmen und Verhaftungen ergaben sich dann sowohl aus Informationen aus der ersten Verhaftungswelle als auch daraus, dass die Datenauswertung (By-Lock) ihre Zeit brauchte. Der Putsch hatte allenfalls die Wirkung eines Brandbeschleunigers. Verschwörungstheoretiker zeigen daher auch wegen des engen zeitlichen Zusammenhangs, der extrem schnellen Reaktion des zivilen Regimes auf den Putsch auf Erdoğan als Dramaturgen und Intendanten des Theaterstücks. Und das Feuer greift auf Flächen über, für die es nicht gelegt worden war. Es wird nicht nur das Krebsgeschwür (Präsidenten-Terminologie) entfernt, sondern gleich das ganze Organ.

Regierung und Strafjustiz greifen gefährlich tief in das System, in alle Bereiche des Staates ein.

Sieht man einmal von den persönlichen Motiven und „Visionen“ des Staatspräsidenten ab, dürfte eine Erklärung für diese Maßnahmen im Charakter der Gülen-Bewegung zu suchen sein (vgl. eine einfache [Reportage des Deutschlandfunks aus 2014](#)). Sie schien für einen aufgeklärten Islam zu stehen, andererseits wurde Gülen auch schon vor mehr als 20 Jahren, also vor der AKP-Regierung, wegen antilaizistischer Propaganda verfolgt, was nichts anderes bedeutete, als dass ihm Pläne für die Errichtung eines Staates auf islamischer Grundlage vorgeworfen wurden. Der Umstand, dass Gülen früher nicht die islamistischen, sondern die bürgerlichen Parteien unterstützt hatte, könnte als Verdeckungsstrategie verstanden werden - und als ein kluger Schachzug, weil er für die ihm zugeschriebenen Infiltrationspläne natürlich über etablierte Parteien der Mitte schneller zum Ziel kommen konnte als über die damals noch an der politischen Peripherie dümpelnden islamistischen Parteien, zumal diese ähnlich den kurdischen Parteien ständig durch verfassungsgerichtliche Verbote bedroht waren. Auch die Unterwanderung des Militärs konnte ihm nur aus der bürgerlichen Mitte heraus gelingen, die zwar islamisch, nicht aber islamistisch war und ist.

Dann aber fand er in der AKP eine Plattform, über welche Tausende von weiteren Abgängern seiner Schulen und Universitäten sich in gute Positionen in Staat und Gesellschaft hocharbeiten konnten. Und es wäre naiv zu glauben, dass die Seilschaften sich an die gegebenen Regeln gehalten und nicht auch die Funktion gehabt hätten, eben die richtigen Anhänger und Sympathisanten in die richtigen Positionen zu bringen, Prüfungsmanipulationen inbegriffen. Effizient wurde dieser Marsch durch die Institutionen im Bildungssektor, aber auch in Militär und Polizei sowie vermutlich im Geheimdienst. Der AKP kam dies zunächst zupass. Während bis ca. 2012 Gülen und seine Anhänger als Stütze der religionsnahen AKP-Politik galten, begann Erdoğan dann aber in ihnen eine Gemeinschaft zu sehen, die auf einem engen Zusammenhalt beruhte und sich anschickte, die Kontrolle über den gesamten Staatsapparat zu übernehmen - zwar mit Hilfe der AKP, jedoch ohne sich deren politischer Kontrolle, geschweige denn derjenigen ihrer Führung zu unterwerfen. Die Gülen-Bewegung, obwohl durchaus offen agierend, hat den Charakter eines riesigen Geheimbundes erhalten, der sich an die Stelle der eigentlichen Regierung zu setzen anschickte, ohne diese selbst zu besetzen. In der öffentlichen Diskussion war die Rede von einem „Parallelstaat“.

Wenn eine Regierung Polizei, Militär und Bildungswesen säubert, bis an den Rand des Zusammenbruchs des Systems, und dabei eben bei weitem nicht nur Regimekritiker, sondern in der überwältigenden Mehrheit in ihrer Weltanschauung der AKP durchaus nahestehende Personen ausschaltet, dann muss das zu denken geben.

Dabei sind Vergleiche mit dem Exilanten Khomeini, der nach seiner Rückkehr in den Iran Ende 1978 einen radikalen Umschwung zugunsten eines islamisch-konservativen Gottesstaates herbeigeführt hatte, nicht selten. Aus deutscher Sicht kaum nachvollziehbar, wäre die Bewegung vielleicht auch mit der Loge P2 in Italien zu vergleichen, der man ja ebenfalls eine verbrecherische Unterwanderung staatlicher Institutionen zuschreibt - nur mit dem Unterschied, dass sich die Gülen-Bewegung auf Zehntausende, wahrscheinlich

Hunderttausende Anhänger stützen konnte und sich ihre politische und bürokratische Elite selbst gestrickt hat. Scientology auf islamisch, nur noch größer.

Jedenfalls müssen wir begreifen, dass auf dem Establishment hinter und unter Erdoğan ein enormer Handlungsdruck lastete, dem es nach dem gescheiterten Putsch nun Folge geleistet hat, indem es diesen Druck nicht nur abgeschüttelt, sondern Gegendruck aufgebaut hat - so stark, dass die eigene Legitimität dieses Establishments in Frage gestellt ist.

Gefahr für den Rechtsstaat

Nicht unter jedem Stein lauert Erdoğan

Die aktuelle Situation kommt der Abschaffung des Rechtsstaats gleich. Was das Regime derzeit auf der Grundlage eines überdehnten und missbrauchten Notstandsrechts, das ausdrücklich mit einem angeblichen, „durch die ‚Terrororganisation des Fethullah Gülen‘ angezettelten Putsch“ und dann mit der Jagd auf die Anhänger der Gülen-Bewegung begründet wurde, mit dem ganzen Staats- und Justizsystem angestellt hat, ist fern von dem, was wir als gelebten Rechtsstaat bezeichnen.

Willfährige Justiz?

Das Regime stützt sich auf eine willfährige Justiz, in der offenbar die Angst vor Karrierebrüchen oder Entlassungen vorherrscht. Die Richtergarantie, ein hehres Prinzip der türkischen Verfassung, scheint außer Kraft gesetzt, vollzogen durch die Kolleginnen und Kollegen aus derselben Justiz. Es geht dem Regime nicht mehr nur um Gülen, es geht ihm um alles, um die Usurpation von Staat und Gesellschaft durch die Ideologie einer Partei, die gerade mal die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen konnte und an Zustimmung verliert, und den Ausbau der Macht ihres Führers.

Wenn zum Beispiel die gesamte Redaktion nebst Kolumnisten, Journalisten und Karikaturisten der traditionellen Tageszeitung Cumhuriyet verhaftet wird, so müssen diese Menschen entweder Mitglieder einer Mörderbande sein, oder es haben sich Staatsanwälte und Haftrichter gefunden, die hier irgendetwas vollstrecken, was auf der Grundlage der türkischen Strafprozessordnung nicht haltbar ist. Soweit im Laufe der ersten viertägigen Hauptverhandlung deutlich geworden, können die Anklageschriften nur als Witz bezeichnet werden, bar jeglicher strafrechtlichen Handwerkskunst. Zwischenzeitlich sind auch mehrere renommierte Journalisten zu irrwitzigen erschwerten lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, parallel zur merkwürdigen Entlassung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel, der öffentlich sagt, dass er weder wisse, warum er festgenommen worden noch warum er jetzt plötzlich freigekommen sei. Mehrere Cumhuriyet-Mitarbeiter sind wegen staatsfeindlicher Aktivitäten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden - man fühlt sich an die dunklen Zeiten des Kommunismus auf dem Balkan und in der Sowjetunion erinnert. Am 22.4.2018 wurde berichtet, dass 889 Strafurteile u.a. gegen Richter und Staatsanwälte ergangen seien - auf Lebenslänglich. Eine unfassbare Zahl, die nur Beunruhigung auslösen kann.

Noch nicht betroffen ist die CHP. Die Nationalistische Volkspartei MHP, die auch unter der Bezeichnung „Ülkücüler - Idealisten“ bekannt ist, hat sich ohnehin eilig ins Kielwasser des Präsidenten begeben.

Überforderte Justiz

Andererseits muss man aber auch sehen, dass die Justiz, die ja selbst Ziel von Säuberungen geworden ist, mit der Situation völlig überfordert ist. Natürlich wären nach deutschen Maßstäben wahrscheinlich 80-90% der inhaftierten Beschuldigten auf freien Fuß zu setzen, weil die Vorwürfe der Staatsanwaltschaften auf äußerst wackeligen Füßen stehen und die Haftgründe durch aus der Luft gegriffene Terrorvorwürfe strapaziert werden. Auch die hohe Zahl der extremen Strafurteile weckt Misstrauen. Wenn aber die Gülen-Bewegung tatsächlich den Charakter eines perfekt durchorganisierten Geheimbundes hatte, der sich durch die demokratisch legitimierte Politik nicht kontrollieren ließ, wenn sie tatsächlich in den Putsch verwickelt war, was man trotz alternativer Denkmodelle nicht einfach vom Tisch fegen kann - wie soll man mit diesem Parallelsystem fertig werden? Muss man es bekämpfen oder dulden? Wie kann man es effizient bekämpfen? Wie erfasst man die Tatbestände richtig unter dem an sich sehr modernen türkischen Strafrecht? Ganz unabhängig von der Bewertung der Person des Präsidenten Erdoğan - von was genau wird das türkische Verwaltungs- und Politiksystem gerade gereinigt, ist diese Reinigung unerlässlich, um dem Land langfristig die Option für eine offene und freie Gesellschaft offen zu halten? Wer ist Teufel, wer ist Beelzebub? Versagt der Rechtsstaat wirklich nachhaltig oder ist er nur temporär überfordert?

Gülen-Bewegung - eine „terroristische“ Vereinigung im Rechtssinne?

Weder mit der Behauptung noch mit dem Bestreiten ihres terroristischen Charakters erfasst man das Phänomen dieser Bewegung - einer Bewegung, die möglicherweise auch ohne Gewalt den Umsturz über den Marsch durch die Institutionen herbeigeführt hätte. Vielleicht haben wir es hier tatsächlich mit einem Fall zu tun, in dem - vergessen wir für diesen Moment den Putschversuch - eine große und starke Bewegung für die Verfolgung des Ziels eines autokratischen, religiös orientierten Staates eine Strategie verwendet hat, die unter die klassischen Definitionen wichtiger Staatsschutzdelikte nicht zu subsumieren ist - und den Traum eines unangefochtenen Marsches durch die Institutionen geträumt hat, der nun geplatzt ist. Vielleicht zum Glück für die Türkei und Europa - wir wissen es nicht...

Die [Gülen-Bewegung](#) erfüllt die Definition des „Terrorismus“, wie wir sie aus den einschlägigen Konventionen des Europarats und der UN oder dem türkischen Strafrecht kennen, nicht schon deshalb, weil täglich hundertfach in allen Medien, selbst durch Persönlichkeiten aus der Justiz, von der Bewegung gar nicht mehr ohne das Attribut „terroristisch“ gesprochen wird. Vereinzelt gibt es schon Entscheidungen des Kassationshofs, die offenbar von diesem Postulat ausgehen. Ein [Parlamentsbericht](#) kommt zu der Feststellung, dass die Gülen-Bewegung für den Putsch verantwortlich sei. Auch wenn dem Bericht seitens einiger Beobachter bereits „Lügen“ vorgeworfen wurden, entspricht die Darstellung der Entwicklung der Gülen-Bewegung dem, was ich selbst seit 1987 beobachtet hatte. Der Ausschuss will festgestellt haben, dass die CHP von Gülen Geld bekommen habe. Die CHP bestreitet das und erklärt das entsprechende Dokument für gefälscht. Allerdings

wird wohl auch nicht der Anteil geleugnet, den die AKP, unter deren Fittichen Gülen seinen Marsch durch die Institutionen zehn Jahre lang unbehelligt fortsetzen konnte, an der heutigen Situation hat.

Missbrauch des Notstandsrechts

Jedenfalls geht schon die Ausrufung des Notstandes eigentlich zu weit, soweit er mit dem Putsch begründet worden ist. Zwar sind die Verfahrensregeln eingehalten worden, doch war der Putsch längst erfolgreich niedergeschlagen und für die Ausbreitung von Gewalthandlungen bestanden und bestehen keinerlei Anzeichen, sieht man einmal vom Südosten ab, wo ohnehin Krieg mit der PKK herrscht. Auch die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der vielen Festgenommenen hatte keine ausreichende Rechtsgrundlage und musste durch Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft (Gesetzesdekrete), die ohne Mitwirkung des Parlaments (nur nachträgliche Kontrolle der Claqueure von der AKP) durch die Regierung erlassen werden, verbessert oder gar geschaffen werden.

Ferner verstoßen inzwischen fast alle Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft, die derzeit im Amtsblatt veröffentlicht werden, in gröbster Weise gegen die Verfassung. Denn kaum ein Gegenstand ist „durch den Notstand erfordert“, wie es Verfassung und Gesetz verlangen. Auch mit den zahlreichen Entlassungen usurpiert die Regierung als Gesetzgeber die Kompetenzen der Verwaltung. Verwaltungsakte als Gesetzesdekrete kaschiert entziehen den Betroffenen jeglichen Rechtsweg. Diktatur pur.

Das Ende der Pressefreiheit

Traurig ist aber jedenfalls der Umgang mit der Presse. Die Regierung hat ein unerträgliches Klima der Angst geschaffen, teilweise bereits ausgelöst durch die Flut von Beleidigungsklagen, die Präsident Erdoğan gegen Analphabeten wie gegen Journalisten hat einleiten lassen, die Kritik an seiner Person und seiner Politik geübt haben, und ebenso offenkundig getrieben von der eigenen Angst vor dem, was sie selbst ständig als „das Volk“ beschwört. Es mag sein, dass bei einzelnen, auch renommierten Journalisten überraschend enge Verbindungen zur Gülen-Bewegung nachgewiesen werden können. Aber sollte nicht jeder gute Journalist solche Verbindungen haben, wie auch zu Politikern, Parteien oder zu wem auch immer, der relevant für die Berichterstattung sein könnte, zu Kommunisten, Islamisten, radikalen Kurden, Nationalisten, Satanisten? So haben die vielen, meist für den vernunftbegabten Bürger nicht nachvollziehbaren Aktionen gegen Zeitungen und Journalisten, von denen inzwischen Hunderten die Presselizenzen entzogen worden sind, den bitteren Beigeschmack, dass es ganz einfach darum geht, kritische Stimmen abzutöten. Dabei trifft es auch gleich solche Journalisten, deren kritische Kommentare zur türkischen Politik bezüglich des türkischen Südostens sie als „PKK-Unterstützer“ in die Gefängnisse bringt, Wissenschaftler, Ärzte und andere Menschen, welche Frieden fordern und den Einmarsch in Afrin - zur Recht! - als Völkerrechtsverstoß, ja als Angriffskrieg brandmarken. Ein Skandal die Einweisung einer jungen Lehrerin samt ihrem fünf Monate alten Kind, weil sie in einer Fernsehsendung den Tod von Kindern im Südosten beklagt hatte. Eine menschliche Stimme, die man mit der Keule des Terrorismusvorwurfes erschlagen will. Und diese junge Frau ist nur ein Beispiel von hunderten Müttern, die mit ihren Kindern im

Gefängnis sitzen. So geht der türkische Staat mit seinen Menschen, seinen Hoffnungsträgern, seiner Zukunft um. Der Tod der Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit als Kollateralschaden der Hexenjagd gegen die Gülen-Bewegung? Oder einfach nur das typische Merkmal einer Diktatur, die irgendwann auch das Morden anfangen wird?

In der linientreuen Presse (*havuz basını*) wird gelogen und geklittert, dass einem speiübel bei der Lektüre wird. Viele Monate bin ich ihr auf *Twitter* gefolgt, bis ich sie wieder entfolgt habe - es war einfach nur unerträglich. Keinerlei Informationswert, nur noch Propaganda. Bedauerlich ist dies vor allem im Hinblick auf „Sabah“, vor vielen Jahren einmal eine Zeitung für die untere Mittelschicht mit hohem Anspruch an qualitativ hochwertigen Journalismus. Auch die „Milliyet“, früher eine bürgerlich-liberale Zeitung, die für Freiheit und Demokratie nicht nur stand, sondern auch kämpfte und dafür sogar Blutzoll entrichten musste (ihr bekanntester Chefredakteur Abdi İpekçi wurde im Februar 1979 ermordet), hat nach einer langen Periode der Verwandlung in das Sprachrohr des Führers einer großen Unternehmensgruppe, Aydın Doğan, den Weg in den Abgrund der linientreuen Presse geschafft. Und wo noch die Lichter eines seriösen Journalismus mit kritischem Anstrich (z.B. bei der konservativen Hürriyet) aufblitzen, fragt man sich eigentlich nur noch, wann es die mutigen Kommentatoren treffen wird. Ganz nebenbei hat Aydın Doğan dann noch sein Presse-Imperium an einen Getreuen des Präsidenten verkauft.

Die (un)rühmliche Rolle des Verfassungsgerichts

Für einen Rückschlag des Rechtsstaates ist zu meinem großen Bedauern das Verfassungsgericht verantwortlich, dessen Rechtsprechung ich seit Oktober 1979 ständig mit großem Respekt verfolgt habe. Die CHP hatte den Mut gefunden, gegen einen Teil der Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft, die im Jahre 2016 nach dem Putsch erlassen wurden, vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Die Begründung dafür war der Bezug auf ein Urteil aus dem Jahre 1991, in welchem das Verfassungsgericht gesagt hatte: *„Gegen eine Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft im Notstand ist der Weg zum Verfassungsgericht nur dann verschlossen, wenn sie tatsächlich notstandsrelevante Gegenstände regelt.“* Das Verfassungsgericht hat diese Linie mit zwei [Urteilen v. 2.11.2016](#) wieder verlassen und sich für unzuständig erklärt mit der fragwürdigen Begründung, dass Verfassung und Gesetzgeber jegliche Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft hätten dem Zugriff des Verfassungsgerichts entziehen wollen. Damit ist die wichtigste rechtsstaatliche Kontrolle von Parlament und Regierung entfallen. Der Autor geht davon aus, dass das Verfassungsgericht eine sachfremde Abwägung getroffen hat: Grund für das Urteil war vermutlich die Befürchtung, dass das Regime ganz einfach mit der Abschaffung des Verfassungsgerichts reagiert. Zwei Verfassungsrichter waren kurz davor wegen angeblicher Gülen-Verbindungen aus dem Verfassungsgericht entfernt worden - mit Zustimmung des hierfür selbst zuständigen Gerichts. Die am Tag der Verfassung am 23.4.2017 durch den Präsidenten des Verfassungsgerichts in einer Ansprache wiederholte Begründung, das Verfassungsgericht dürfe sich hier nicht künstlich einen Freiraum für die Kontrolle von Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft schaffen, wirkte lau und wenig überzeugend. Denn seine bisherige Rechtsprechung war verfassungsjuristisch überzeugend und hatte kaum Kritik hervorgerufen.

Die Regierung missinterpretiert jetzt die fehlende Anfechtbarkeit ihrer Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft als Freibrief zum beliebigen Erlass solcher Rechtsverordnungen zu jedem Thema. Eigentlich darf sie mit solchen Dekreten nicht in die Grundrechte eingreifen, tut es aber mit den Tausenden von Entlassungen aus dem Staatsdienst, wobei dann auch noch Befugnisse der Verwaltung usurpiert werden. Der Rechtsweg ist hier vollständig verschlossen, die Entlassenen sind nicht angehört worden und haben auch nicht die Möglichkeit, sich in einem Verfahren zu verteidigen. In der Sache [Mercan vs. Türkei](#) hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass Antragsteller - hier war es eine junge Richterin - erst den Rechtsweg ausschöpfen müssen. Es ist eigentlich nachvollziehbar - aber welcher Rechtsweg? Nun ja, immerhin hat nun doch ein Regionalverwaltungsgericht einen Weg gefunden, den willkürlichen Irrsinn dieser Rechtsverordnungen verwaltungsrechtlich zu greifen.

Eigentlich sollten die entlassenen Beamten, Richter, Staatsanwälte, festgenommenen Unternehmer und sonstige Personen alle Rechte haben, die ein Rechtsstaat zur Verfügung stellt. Entlassungen mögen notstandsbedingt sein - dennoch haben die Betroffenen Anspruch auf beamtenrechtlich bzw. justizrechtlich nachvollziehbare, am Gesetz orientierte Begründungen. Die Verwaltungsgerichte sind für Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft nicht zuständig (was inzwischen besagtes Regionalverwaltungsgericht doch etwas anders zu sehen scheint), der Weg zum Verfassungsgericht ist verschlossen ...

Des Weiteren sieht das Gesetz eine Verlängerung des Notstandes auf maximal sechs Monate vor. Davon hat die Regierung Gebrauch gemacht und wird auch dann weiter davon Gebrauch machen, wenn sie es eigentlich gar nicht mehr darf. Und sie hat es bereits getan - wir befinden uns gerade in der siebten Verlängerung! Die Ermittlungs- und Personalakten der Betroffenen dümpeln weiter vor sich hin. Anklagen bleiben unerhoben, die Gefängnisse sind voll von Menschen, die bis heute nicht wissen, was ihnen eigentlich vorgeworfen wird, Strafgerichte setzen sich über Beschlüsse des Verfassungsgerichts hinweg, angefeuert von Politikern wie dem ehemaligen Justizminister Bozdağ, ausgebildeter Jurist und Theologe, der mit seiner Amtszeit eine Brandspur von Rechtlosigkeit gelegt hat.

Und das Parlament? Es hat seit Juli 2016 nicht mehr wirklich gearbeitet. Kein Abgeordneter wird die vielen völkerrechtlichen Verträge gelesen oder zur Kenntnis genommen haben, die das Parlament bis heute mal eben in Gesetzesform durchgewinkt hat, begleitet von einer Presse, die dem Präsidenten beim eifrigen Unterschreiben von Gesetzen zuschaut - Ratifikationsgesetze, gegen welche ein Veto ohnehin keinen Sinn machen würde. Das Parlament hat sich überflüssig gemacht. Nach dem erfolgreichen Referendum wird das Parlament dann auf 600 Mitglieder aufgeblasen, seine Funktion als Organ der Repräsentation des Volkswillens verliert es aber dennoch, denn alles wird dann auf einen Mann oder eine Frau - den Präsidenten oder die Präsidentin - zugeschnitten sein. Und viele Mitglieder von Oppositionsparteien, insbesondere der HDP, bevölkern bereits die türkischen Gefängnisse.

Immerhin, zwischenzeitlich haben die Gülen-Prozesse begonnen und haben erste Abschlüsse gezeitigt - wie auch bislang ein Journalistenprozess gegen erfahrene und renommierte Journalisten wie Ahmet Altan, Mehmet Altan und Nazlı Ilıcak - Menschen von hohem Ansehen, aber eben nur unbequem, weil meinungsstark.

Und: Das Verfassungsgericht hat in einigen Entscheidungen bereits Haftbeschlüsse einiger Strafgerichte für verfassungswidrig erklärt - zum Teil verbunden mit scharfer Kritik an den angefochtenen willkürlichen Entscheidungen. Und es wird noch mehr davon geben, auch wenn wütende Minister das Verfassungsgericht bereits der Kompetenzüberschreitung bezichtigt haben.

Erdoğan - ein Diktator?

Unter einem Diktator stellen wir uns gemeinhin jemanden vor, der - auch wenn er auf demokratischem Wege an die Spitze des Staates gelangt ist - mit einem Notverordnungsrecht (Hindenburg 1933) oder ganz einfach mit militärischer und polizeilicher Gewalt die Staatsmacht in seiner Person bündelt. Diese vereinfachte Definition trifft auf Präsident Erdoğan (noch) nicht zu. Er hat ganz im Gegenteil schon als Ministerpräsident geschickt das Militär entmachtet. Nach dem Putsch wurde nicht nur das Militär weiter gesäubert, es wurden auch gut 20% der Polizeibeamten aus dem Dienst entfernt. Ein gutes Zeichen ist es jedoch nicht: es geht vor allem darum, Bürokratie, Justiz und Militär gleichzuschalten und auf Linie zu bringen.

Formal unterschreibt Präsident Erdoğan nur dort, wo es die Verfassung vorsieht. An die Spielregeln der Verfassung hält er sich aber schon lange nicht mehr. Für das Referendum hat er öffentlich und nachhaltig geworben wie ein Parteichef - was ihm als Präsident eigentlich verboten war. Richterentlassungen kann kein Minister verfügen, dazu benötigt das System den (vormals: Hohen) Richter- und Staatsanwälterat, der wiederum überwiegend aus der Justiz rekrutiert wird, also geradezu ein Musterbeispiel dafür ist, wie die Unabhängigkeit der Justiz zu organisieren ist - während wir in Deutschland eine Unabhängigkeit der Justiz leben, die bei genauem Hinsehen unter der Aufsicht von Exekutive und Parlament steht. Verkehrte Welt - eine strukturell nicht ganz unabhängige Justiz in Deutschland, die aber an innerer und effektiver Unabhängigkeit kaum etwas zu wünschen übriglässt. Dagegen eine strukturell unabhängige türkische Justiz, die angstschlotternd zu vollziehen scheint, was der rededreudige Präsident in die Mikrofone wettet. Vielleicht richtet es noch irgendeine Instanz, hoffen sollte man aber allenfalls zaghaft. Eklatant versagt hat sie bereits, als der Hohe Wahlrat, der aus obersten Richtern besteht, unter Missachtung der eindeutigen Regelungen des Wahlgesetzes ungültige Stimmzettel für gültig erklärte.

Erdoğan hat auch kein Notverordnungsrecht wie in Frankreich, mit dem er Regierung und Parlament aushebeln könnte. Erdoğan hatte sich bislang lediglich „zuschulden“ kommen lassen, dass er, obwohl er von Verfassungs wegen nicht Mitglied der AKP war, diese nach wie vor kontrolliert hatte, inzwischen ist er wieder ihr Vorsitzender - ermöglicht durch die Verfassungsänderung. Er hat *faktisch* den Ministerpräsidenten zu seinem Assistenten gemacht, der vollzieht, was der Präsident wünscht. Wenn er den Vorsitz im Ministerrat hat, so bestimmt er - jedenfalls der geltenden Rechtslage zufolge - nicht die Richtlinien der Politik, auch nicht als Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates. Er stützt „seine“ Maßnahmen nicht auf ihm allein zustehende Kompetenzen, sondern bedient sich der ganzen Regierung und der AKP mit ihrer Mehrheit im Parlament, bleibt also innerhalb desjenigen Legitimationsrahmens, den ihm die Verfassung gezogen hat. So gesehen ist die aktuelle

Situation also nicht nur Ausdruck der Stärke dieses Mannes, sondern vor allem auch der Schwäche der AKP und ihrer Führung, die sich dieser überrechtlichen Autorität unterwirft, teilweise geradezu selbst erniedrigt (Bürgermeister von Bilecik: „wenn es sein muss, werde ich auch mit Freuden Raumpfleger im Präsidentenpalast“).

Es ist die Omnipräsenz des Präsidenten und die geradezu totale Abhängigkeit „seiner“ Leute in Regierung und Parlament, die ihn zu dem machen, als der er erscheint: als Mann, der alles entscheidet, in allen politischen Bereichen. Erdoğan diktiert, der Rest der Belegschaft spurt. Mit oder ohne Gesetz.

Ein wichtiges Signal ist auch die Anbindung des Geheimdienstes MIT an den Präsidenten der Republik (bisher: Anbindung an den parlamentarisch kontrollierten Ministerpräsidenten). Der begründet dies mit dem unzutreffenden Hinweis auf die USA und Frankreich. In den USA stimmt das teilweise, dort spricht aber der Senat mit. In Frankreich hat der Präsident nichts mit dem Geheimdienst zu tun, der wie in den USA in verschiedene Dienste aufgespalten ist. Der MIT ist sowohl für das Inland als auch für das Ausland zuständig, eine parlamentarische Kontrolle gibt es jetzt nicht mehr.

Für die Opposition und den Betrachter von außen ist Erdoğan längst ein Diktator.

Natürlich gibt es auch Versuche, die Situation in der Türkei mit Nazi-Deutschland zu vergleichen. Das mag nachvollziehbar sein, folgt es doch aus der fast surrealistischen Präsenz zahlreicher „Persönlichkeiten“, die sich in ihren unwürdigen Buckeleien und Speichelleckereien gegenüber dem Präsidenten förmlich überschlagen. Vergleiche sind allerdings meist schon deshalb verfehlt, weil Erdoğan eine völlig andere Persönlichkeit aufweist. Hitler kam es, soweit man weiß, nicht auf die Mehrung seines Vermögens an. Hitler war von einer Ideologie besessen, von einem Wahn. Der Mensch als Teil einer Rasse, die man ggf. nachzüchten kann. Die Symbolik als esoterisches Vehikel, mit dem der Wahn in die Massen transportiert wurde. Ganz anders Erdoğan: Er verfolgt keine Ideologie. Ihm geht es um das eigene Vermögen und den sinnlichen Genuss der Macht. Er bekämpft die Gegner seiner selbst und die der Nation, zur Not aufs Blut. Religion ist sein Instrument, ein Stück weit auch seine Überzeugung und Weltanschauung. Aber nicht religiöser Wahn, der die Vernichtung Andersgläubiger oder „minderwertiger“ Volksbestandteile impliziert. Er leugnet den Völkermord an den Armeniern, macht aber auch Geschäfte mit ihnen, wenn es nutzt. Ihm fehlt das Einmalige, er reiht sich in die Reihe der Machtbesessenen ein, Diktatoren und Populisten ein, wie sie die Welt schon immer gesehen hat und auch heute wieder sieht, und deren Spuren in der Geschichte meist eher marginal bleiben.

Erdoğan ist keine Persönlichkeit, die im Guten oder Bösen dauerhaft in der Geschichte verankert bleiben wird. Er versucht sich zu überhöhen, indem er Geschichte klittert und verfälscht. Der hässliche Mörder Abdülhamit II. wird zu einem Sultan verklärt, der das Reich modernisierte, um dann von den finsternen Gesellen der Jungtürken zu Unrecht verjagt worden zu sein. Ja, die Jungtürken waren auch nur solange von demokratischer Mission beseelt, als sie sich in der Opposition befanden und dann selbst an die Macht kamen. Aber die noch unter Abdülhamit II. verordnete Pressefreiheit hat schon unter ihm nicht funktioniert, so wie die Verfassung von 1876, ein Dokument der Modernisierung, unter ihm

nie den Hauch einer Chance bekam, wirklich zum Leben zu erwachen. Wenn Erdoğan nun versucht, diesen Herrscher zum wahren Vorbild aufzubauen ...

Reaktionen aus Europa

Es gilt aber auch in der aktuellen Situation, dass die Reaktionen aus Politik und Medien in Europa von Unverständnis und Unkenntnis geprägt sind, auch wenn die Kritik oft sachlich gerechtfertigt sein mag. Die aktuelle Stärke des türkischen Präsidenten resultiert auch aus der Schwäche und Naivität der europäischen Reaktionen auf die Vorgänge in der Türkei.

Präsident Erdoğan ist ein unbequemer Partner, der sowohl in der Türkei als auch außerhalb der Türkei deutlich macht, wie es um seinen Respekt vor dem Recht und der Justiz bestellt ist. Er gibt das Bild eines Populisten ab, wie wir sie heute vermehrt an die Spitze von Staaten kommen sehen. Dennoch sollte verstanden werden, dass die von Erdoğan ausgehenden Drohungen tiefgehende Wurzeln haben, die die Europäer zum Teil selbst gelegt haben. Der Beschluss des Europaparlaments, der Kommission die Aussetzung der Beitrittsverhandlungen zu empfehlen, ist daher die weniger richtige Entscheidung. Wenn der ehemalige Kanzlerkandidat und SPD-Vorsitzende Martin Schulz die Beendigung der Beitrittsverhandlungen zur EU fordert und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eine solche Forderung zumindest in aufgeweichter Form ebenfalls erhebt, so zeigt das nur, dass unsere Spitzenpolitiker verkennen, dass die Türkei mitten unter uns ist, mit ihren Millionen Volkstürken in Europa, als Teil eines europäischen bzw. transatlantischen Verteidigungssystems, als Mitglied in allen relevanten internationalen und europäischen Vertragswerken. Die Türkei ist nicht Russland - und schon da ist geradezu erwiesen, dass man mit Sanktionen und Säbelrasseln keinen Schritt weiterkommt. Es gibt sicherlich ein paar Stellschrauben, welche durch das EU-Vertragssystem zur Verfügung gestellt werden und die man auch nutzen kann. Wichtig ist, dass sich die Seiten nicht in Polemiken verhaken statt ernsthaft miteinander zu sprechen. Nicht umsonst hat Erdoğan mit Ömer Çelik einen EU-Minister in der Regierung, mit dem - anders als etwa mit dem Außenminister Çavuşoğlu - eine gemeinsame Sprach- und Kommunikationsebene gepflegt werden kann.

Die Beitrittsverhandlungen sind eine wichtige Plattform, auf der weiterhin kommuniziert werden kann und muss, gerade auch nach dem Referendum. Es gilt, den demokratischen Restbestand im neuen Verfassungsgefüge zu aktivieren. Zum anderen ist die Ankündigung des Abbruchs aus der Sicht der Türken keine Drohung, sondern ganz einfach die Fortsetzung der herablassenden, manchmal geradezu beleidigenden Türkei-Politik der Mittel- und Westeuropäer - Mühlen auf die Rhetorik des Staatspräsidenten Erdoğan und seiner Minister.

Die Wende können wir mit dem 1. Mai 2004 ansetzen, als die EU die Zyperngriechen als "Republik Zypern" im Rahmen der 1. Osterweiterung in die EU aufgenommen haben, obwohl der von der Türkei und Griechenland abgesegnete Friedensplan von Kofi Annan in einer Volksabstimmung der Zyperngriechen abgelehnt worden war - einfach, weil nicht vorgesehen war, dass die Zyperngriechen den Plan ablehnen. [Zypern](#), ein Staat mit unklarer Verfassungslage und umstrittener völkerrechtlicher Position. Von diesem Schlag ins Gesicht haben sich die Türken bis heute nicht erholt.

Die EU steht hier gegenüber der Türkei tief in der Schuld, die sie durch ihre Spielchen um die Aufhebung der Visapflicht noch vergrößert.

Die Europäer haben sich aufgrund einer in Jahrzehnten durchgehend verfehlten Türkeipolitik aus türkischer Sicht als Dummköpfe oder unzuverlässige Partner erpressbar gemacht. Die Voraussetzungen für die Aufhebung der Visa-Pflicht seien noch nicht erfüllt? Das hört man regelmäßig wiederholt von höchsten Stellen aus Berlin, Brüssel oder Wildbad-Kreuth - aber welche Voraussetzungen sind hier angeblich nicht erfüllt? Das mag heute, am 02.05.2018, wieder stimmen. Auch wenn die respektable wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei nicht allein Verdienst einer erfolgreichen AKP ist, sondern unmittelbar mit einer erfolgreichen Umsetzung der Zollunion zusammenhängt, die die heutige Türkei Turgut Özal verdankt.

Umso wichtiger ist jetzt also, die Vorgänge in der Türkei richtig zu interpretieren. Wir dürfen berechnete Zweifel am Demokratieverständnis von Erdoğan haben. Er vertritt eigentlich wenig an „Werten“, die in eine aufgeklärte, moderne Welt passen würden. Er folgt einem nicht nachvollziehbaren Geschichtsverständnis, sucht den Anschluss an den „Orient“. Es geht schon so weit, dass sich die unerträgliche Tageszeitung Akşam darüber freut, dass „die Araber den Präsidenten Erdoğan als ihren Führer“ anerkannten - in völliger Verkennung des Umstandes, dass den Arabern die Türkei zwar ein schönes Urlaubsland und Ziel von Investitionen ist, sie aber noch nie das osmanische Kalifat anerkannt haben und sie in ihrer Geschichte eigentlich nur eine Gemeinsamkeit hatten: den stetigen Kampf gegen den osmanischen Herrschaftsanspruch - bis sie sich mit Unterstützung westlicher Mächte, insbesondere der Engländer, davon befreien konnten. Erdoğan ist die Personifizierung langjähriger türkischer Frustrationen über das Verhalten Europas gegenüber der Türkei. Tatsächlich aber hat sich die Hälfte der Bevölkerung im Hinblick auf das Geschehen vom 15. Juli 2016 in plötzlicher nationaler Einheit und im Irrglauben, dass es sich um eine großartige Demokratiebewegung handle, hinter den Präsidenten gestellt. Andererseits sind natürlich 51,4% für das Referendum kein glorreicher Sieg, der in keinem Verhältnis zu dem rhetorischen und sonstigen Aufwand - finanziert mit Staatsgeldern - steht, den der Präsident mit seinen Adlaten aus der Regierung betrieben hat, um das Referendum zu gewinnen. Die CHP liegt trotz ihrer eklatanten politischen Schwäche wieder bei rund 30%, Tendenz steigend. Andererseits gibt es europaweit kaum eine Partei mit solch klarer Wählerbasis, wie sie die AKP hat. Selbst die NSDAP hat die anschließende Katastrophe auf einer „demokratischen“ Basis von „nur“ 43,9% Wählerstimmen in 1933 auslösen können ...

Verfassungsänderung

Die durch das knapp ausgegangene Referendum bestätigte Verfassungsänderung wird zu einer Systemänderung führen, hat sogar bereits dazu geführt. Der Kern der Änderung besteht darin, dass die Exekutive nicht mehr dem Parlament gegenüber verantwortlich sein wird, sondern direkt dem Volk, dem sie sich im gleichen Rhythmus wie das Parlament, nämlich alle fünf Jahre, zur Wahl stellen muss. Parlament und Justiz geraten jedoch weitgehend unter die Kontrolle des Präsidenten.

Eine ausführlichere Kommentierung findet sich unter <http://tuerkei-recht.de/downloads/Verfassungsaenderung.pdf>.

Ausblick

Die Türkei muss und wird auch in Zukunft ein wichtiger Partner bleiben. Die geostrategische Lage kann man nicht einfach wegdiskutieren. Allerdings darf die Türkei nicht mehr selbst bestimmen können, wie wichtig sie ist. Die Türkei darf nicht an andere Machtkonstellationen abgegeben werden. Die EU muss sich dringend um die Verbesserung und Pragmatisierung ihrer Beziehungen zu Russland und den Nachbarstaaten zur Türkei, insbesondere dem Iran bemühen. Anders lässt sich die Türkei nicht kanalisieren, die hier ein Machtvakuum auszufüllen und ihre eigenen Beziehungen zu solchen Ländern gegenüber der EU als Erpressungsmittel zu verwenden sucht.

Wir Europäer haben allen Grund, weiterhin Vorsicht walten zu lassen. Wir tragen eine nicht zu überschätzende Mitverantwortung für die aktuelle Situation in der Türkei. Statt die Beendigung der Beitrittsverhandlungen zu propagieren, sollten wir die Gülen-Bewegung als ein Problem erkennen, mit dem die türkische Regierung nicht vollständig allein gelassen werden sollte.

Was die Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit angeht, haben wir ja auch in der EU mindestens zwei Problemkinder, nämlich Ungarn und Polen. Wir haben den Brexit, verursacht durch eine völlig irrationale, auf geradezu idiotische Weise anberaumte und durchgeführte Volksabstimmung in Großbritannien. Über die anderen Balkanländer wissen wir kaum etwas. Wir in Europa müssen also alles im Rahmen freundschaftlichen Anstands tun, um weiterhin Einfluss auf die rechtsstaatlichen Verhältnisse in der Türkei zu nehmen. Vor allem dürfen wir uns nicht durch das niedrige Sprachniveau türkischer Politiker irritieren lassen, die vor dem türkischen Wahlvolk nach wie vor um ihre eigene Legitimität zu kämpfen haben.

Und was die Kommunikation angeht, müssen wir Europäer genauso aufpassen wie Präsident Erdoğan - und uns davor hüten, unsere notorischen Fehler mit geradezu penetranter Kontinuität zu wiederholen. Wir müssen endlich lernen, Türkei-Politik zu betreiben, uns dabei nicht von der Rhetorik des türkischen Präsidenten anstecken oder verunsichern lassen. Der aktuelle Präsident des Europaparlaments macht schon wieder die typischen Fehler, indem er verkündet, die Türkei könne nur Mitglied werden, wenn sie die Pressefreiheit wiederherstelle. Die Forderung ist ja berechtigt, aber dennoch scheinheilig. Denn alle wissen, dass im Falle der Wiederherstellung der Pressefreiheit wieder nichts passieren, die Türkei keinen Schritt weiter auf dem Weg in die Mitgliedschaft kommen wird. Vor den Gezi-Protesten war noch alles im Lot, die Türkei eigentlich bereits bereit zur Aufnahme. Dennoch taten die Europäer alles, um die Beitrittsverhandlungen nicht zu beschleunigen. Die Versäumnisse und Fehler der letzten fünfzig Jahre haben dazu geführt, dass dies jetzt schwieriger ist denn je. Es kann sogar bedeuten, dass wir eine Abwägung zwischen dem Wunsch nach Frieden einerseits und dem Erhalt unserer Werte überall und um jeden Preis andererseits vornehmen müssen.

Auch die Türken sollten erkennen, dass sie mit ihrem derzeitigen Präsidenten keine gute Figur machen, er vor allem ihnen weder Probleme löst noch jemals zu einer neuen Größe

verhelfen wird, wenn er alle Partner, Freunde und Feinde verprellt, wenn er die eigene Wirtschaft den eigenen Macht- und Finanzinteressen opfert.

Und noch ein Wort zu Zypern (hierzu verschiedene Beiträge unter <http://www.tuerkei-recht.de/varia/zypern/index.php>): Die EU ist jetzt dringend gefordert, den dortigen Friedensprozess, der kurz vor dem Abschluss zu stehen scheint, tatkräftig zu unterstützen, hier eine *Führungsrolle* zu übernehmen. Das Problem sind hier nicht nur die Türken, sondern vor allem auch die Süd-Zyprioten.

Und schließlich müssen wir alles tun, um den größten Unsinn der europäischen Geschichte der letzten 70 Jahre zu verhindern, nämlich den von einigen Unverbesserlichen in der europäischen Politik geforderten Ausschluss aus dem Europarat. Denn es gibt schlimmere Staaten im Europarat, wie zum Beispiel Aserbeidschan oder Armenien, und die unzweifelhaft fortbestehende Chance, über diesen Staatenverbund eine Kultur von Freiheit und Menschenwürde zu verbreiten.

Für den 24.6.2018 sind überraschend Neuwahlen angesetzt worden...

Links und Hinweise

[Wikipedia zum Putsch v. 15.7.2016](#)

Dr. Günther Seufert, SWP, in Le Monde Diplomatique: [Anatomie des Putsches](#).

Verfassung synoptisch mit Text der Verfassungsänderungen: http://www.tuerkei-recht.de/downloads/verfassung_synoptisch.pdf

[Wikipedia zur Gülen-Bewegung](#) (ausgewogen und informativ)

Burak Çopur: [Die Türkei im Jahr 2017/2018 - Zwischen Niedergang und Hoffnung](#)